

Vorlage-Nr.: **2506-2019/DaDi**

Aktenzeichen: 099-010

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution ICAN Städteappell – Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg möge beschließen und an die Bundesregierung weiterleiten

„Der Kreistag Darmstadt Dieburg ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für die Bürger/innen der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Einwohner/innen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben müssen. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Menschen und Natur nach sich ziehen. Da begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Begründung:

Der Atomwaffenverbotsantrag ist eine int. Vereinbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen – bzw. die Drohung damit verbietet. Der Vertrag wurde von der UN Generalversammlung mit 122 Stimmen angenommen. Bis März 2019 hatten 70 Staaten den Vertrag ratifiziert. Darunter befand sich nicht Deutschland. Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für die Bürger dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffes. Damit sind Städte und Landkreise direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastrukturen gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, wie wichtigste Orte eines Landes anzugreifen. Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz von Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger/innen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder wurde in letzter Minute in der Vergangenheit ein Atomkrieg verhindert. Der Landkreis Darmstadt Dieburg trägt besondere Verantwortung für den Schutz von fast 300 000 Bürger. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der Kreistag im Sinne der Mehrheit der Bürger sich gegen Atomwaffen ausspricht.

Das Engagement von Städten und Landkreisen ist wichtig, damit Druck auf die Bundesregierung ausgeübt wird, damit der Wille der Bevölkerung geachtet wird. Wenn der Kreistag Darmstadt Dieburg die Regierung dazu auffordert, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass im Landkreis Darmstadt Dieburg wohnenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Diese Sichtweise ignorierte die Bundesregierung bisher.

Ein neues Bündnis weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung im Atombombengeschäfte zu unterlassen.